

SP

aktiv

1/26

Sozialdemokratische Partei Oberburg

GOTTHARD-TUNNEL
BAUBEGINN: 1872

**KLIMASCHUTZ BAUEN.
DAMALS WIE HEUTE.**

8. MÄRZ
2026

**JA ZUR KLIMA FONDS-
INITIATIVE**

GARAGE VON BALLMOOS

Ihr Familienunternehmen
in der Region

Ihr Familienunternehmen in der Region



WIRTSCHAFT STEINGRUBE

Daniel Rüegsegger
Krauchthalstrasse 78 / 3114 Oberburg

t 034 422 22 54
kontakt@steingrube.ch
www.steingrube.ch

Do. bis Mo. 8:30 bis mind. 23 Uhr
Di. & Mi. Ruhetag



WIRTSCHAFT STEINGRUBE

Das Geschäft für feine Sachen



Apéro

Dessert

Glaciers

CONFISERIE TEA ROOM NEUHAUS OBERBURG

Herausgeber	Sozialdemokratische Partei Oberburg	Druck	Haller&Jenzer AG, Burgdorf
Redaktion	Vorstand SP Oberburg	Satz/Layout	Martin Schwander
E-Mail	info@spoberburg.ch	Auflage und Verteiler	1900 Exemplare an alle Haushalte des Postkreises 3414 Oberburg
Internet	www.spoberburg.ch	Erscheint	6 x pro Jahr
Adresse	SP Oberburg, c/o Bruno Mathys, Schönenbühlweg 28, 3414 Oberburg	Datum	2. Februar 2026

Radweg Krauchthalstrasse

Teilweise untauglich

Die SP Oberburg hat sich mit der geplanten Sanierung der Krauchthalstrasse und dem dabei geplanten Radweg auseinandersetzt. Das Projekt stiess dabei nur in seinem ersten Abschnitt auf Zustimmung. In der Mitwirkungseingabe der SP heisst es unter anderem:

Mit der Unterteilung des Projekts in zwei Teile (Teil Vennershausekurve bis Abzweigung Lauterbach und Teil Abzweigung Lauterbach bis Schwandgasse) ist die SP einverstanden.

Die Realisierung von Teil 1 unterstützen wir wie vorgeschlagen, auch die Temporeduktion Tempo 50 bis Abzweigung Lauterbach und Tempo 60 bis Ende Vennershausekurve begrüssen wir.

Den vorgeschlagenen Ausbau von Teil 2 unterstützen wir nicht. Die wesentlichen Probleme (insbesondere Höhe Chipf) werden durch die vorgeschlagene Variante nicht gelöst.

Der Radweg/Schulweg zwischen Abzweigung Lauterbach und Schwandgasse sollte – wie von der Gemeinde ursprünglich geplant – am Hangfuss im Hänzirain realisiert werden. Wir fordern den Kanton auf, das beim untauglichen Ausbau der Krauchthalstrasse zwischen Schwandgasse und Abzweigung Lauterbach gesparte Geld für den Bau des Radesweges Hänzirain zur Verfügung zu stellen.



SP-Augenblick

Liebe Leserin, lieber Leser

Ein Rückblick ist üblicherweise dem Jahresende vorbehalten. Dennoch möchte ich noch etwas Rückblickendes bemerken.

Seit Jahren war für die SP Oberburg das «Stald erwegli» und sein mangelhafter Belagszustand ein wiederkehrendes, unerfreuliches Thema. Der Weg wird von vielen als wichtige Verbindung zu Fuss oder mit dem Velo genutzt – als Schulweg oder für eine kleine Runde an der frischen Luft. Gerade auch Seniorinnen und Senioren schätzen diese Route, nicht zuletzt jene des nahegelegenen Seniorencentrums.

Der schlechte Belagszustand barg über lange Zeit ein erhebliches Sturzrisiko. Unzureichende Beleuchtung auf einzelnen Abschnitten verschärft die Gefahr zusätzlich. Wir haben uns deshalb konsequent für Verbesserungen eingesetzt. Schrittweise kam Bewegung in die Sache: Zusätzliche Leuchten wurden installiert. Die komplexen Besitz- und Nutzungsverhältnisse erschwerten jedoch eine umfassende Sanierung weiterhin.

Umso erfreulicher ist es, dass sich die Situation im vergangenen Jahr verbessert hat und ein neuer Belag eingebaut wurde. Oft sind es die kleinen Dinge, die zählen – und manchmal braucht es dafür Geduld und Durchhaltevermögen. Ein Dank geht an die Gemeinde und alle weiteren Beteiligten für die Umsetzung.

*Bruno Mathys
Präsident SP Oberburg*

SP

www.spoberburg.ch



**Elektro
Grunder + Riesen
AG** ...die wissen wie!



HOFMANN GARAGE

Oberburg b. Burgdorf

ABT | VW | AUDI | SKODA | FORD

hofmann.swiss



Bike Shop Burkhard GmbH

Knuppenmattgasse 2
3414 Oberburg
034 423 13 00
info@burkhardbikes.ch
www.burkhardbikes.ch



HALLER  JENZER

**OHNI GROSS
DS LYRE**

Ihr Druck- und Medienzentrum in 3400 Burgdorf | www.haller-jenzer.ch

Dorfpolitik

Nicht abseits der Welt

Warum sollten sich Dorfpolitikerinnen und Dorfpolitiker Gedanken über kantonale, nationale oder gar internationale Themen machen? Und sich entsprechend auch für kantonale oder nationale Ämter bewerben?

Am 29. März finden im Kanton Bern die Erneuerungswahlen für Regierung und Parlament statt. Aus Oberburg kandidieren gleich drei Mitglieder der lokalen SP-Sektion für einen der insgesamt 15 Grossratssitze, die dem Wahlkreis Emmental zugeteilt sind. Etwas früher, am 8. März, stehen vier eidgenössische Abstimmungen zur Entscheidung an. Es geht um die Aufhebung der Heiratsstrafe, die Verankerung des Bargeldes in der Verfassung, die Zusammenstreichung der Radio- und Fernsehgebühren und die Klimafonds-Initiative.

Die drei für den Grossrat kandidierenden Oberburger SP-Mitglieder Marion Sägesser, Jameel Ahmad und Cyril Sägesser sind vor allem in der Dorfpolitik tätig: Im Gemeinderat, in der Schul- und in der Baukommission. Wir haben sie anhand der Abstimmungsvorlagen vom 8. März gefragt, warum es ihnen wichtig ist, den Blick übers Dorf hinaus immer wieder auch auf das gesamte nähere und weitere Umfeld zu richten. Die Klimafonds-Initiative haben wir dabei ausser Acht gelassen, da sie in dieser Ausgabe gesondert thematisiert wird. Das Gespräch, das bereits am 22. Dezember stattgefunden hat, wurde von Martin Schwander aufgezeichnet und zusammengefasst.

Ganz allgemein gefragt: Was kümmern euch nationale Vorlagen?

Marion: Nationale Abstimmungen werden oft als weniger relevant für die Gemeindepolitik



Grossratskandidatin Marion Sägesser
Für ein starkes Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen!

1972 | Oberburg | verheiratet, 2 erwachsene Kinder | Augenoptikerin | Gemeinderätin, Präsidentin Sozialkommission, Stiftungsrätin Seniorenzentrum Oberburg

wahrgenommen als etwa kantonale Vorlagen. Auf die konkrete Arbeit im Gemeinderat mögen sie tatsächlich wenig Einfluss haben. Da betreffen uns kantonale Vorgaben natürlich viel stärker. Aber für die einzelnen Menschen, die in unserer Gemeinde wohnen, haben sie ja trotzdem erhebliche Auswirkungen. Da kann ich nicht einfach das Gefühl haben, das tangiert mich als Gemeindepolitikerin nicht.

Cyril: Manchmal sind die Auswirkungen nationaler Entscheide auch für die Gemeinde an sich ganz konkret. Ich nehme das Beispiel der Tempo-30-Zonen. Im Bundesrat wird darüber diskutiert, unter welchen Bedingungen solche Zonen bewilligt werden können. Der Kanton Bern wollte die Bewilligungsverfahren deshalb aussetzen, musste aber letztlich zurückkrebsen,



Grossratskandidat Jameel Ahmad
Gemeinsam für Gerechtigkeit und Zukunft.

2001 | Oberburg | ledig | Geschäftsführer Coop Schönbühl Dorf | Bildungskommission Oberburg, Vorstand SP Emmental | Unia

weil sich die Gemeinde Köniz erfolgreich für ihre Tempo-30-Zone gewehrt hat. Das verdeutlicht, wie nationale und kantonale Beschlüsse die Autonomie der Gemeinde einschränken könnten, wenn wir uns nicht dagegen zur Wehr setzen.

Jameel: Natürlich haben wir in der Gemeindepolitik selbst mehr konkrete Möglichkeiten, auf die Gestaltung des Gemeinwesens einzuwirken. Aber die Rahmenbedingungen dafür, unsere Spielräume, werden in der Regel übergeordnet festgelegt, durch die gesetzlichen Vorgaben und die Budgets des Kantons und des Bundes.

Nehmen wir als Beispiele die drei eingangs genannten Vorlagen, die am 8. März zur Abstimmung gelangen. Da wäre zunächst die Abschaffung der sogenannten Heiratsstrafe: Verheiratete sollen nicht mehr als Paar, sondern je einzeln besteuert werden.

Marion: Ich stehe dieser Vorlage sehr ambivalent gegenüber. Eigentlich habe ich mir seit je-

her gewünscht, individuell besteuert zu werden. Jetzt, wo wir mit dieser Abstimmung die Gelegenheit dazu erhalten, habe ich aber plötzlich Bedenken. Es wird zu Steuerausfällen kommen, die irgendwie kompensiert werden müssen. Und so, wie unsere Parlamente im Moment ticken, werden diese Kompensationen wiederum auf die kleineren und mittleren Einkommen abgewälzt. Das erleben wir bei jeder Budgetdebatte, ob auf Bundesebene oder hier im Kanton Bern.

Cyril: Ja, dann wird entweder gespart, etwa beim Umweltschutz, oder aber eine derart unsoziale Abgabe wie die Mehrwertsteuer wird einfach erhöht.

Jameel: Die Vorlage sieht auf den ersten Blick ja gut aus. Aber der Haken ist genau das: Wird der Ausfall fair finanziert? So wie die Mehrheiten in unseren Parlamenten aussehen, wohl eher auf Kosten von Gesundheit und Bildung. Oder der Umwelt, wie Cyril sagt.

Am 30. März haben wir, zumindest auf kantonaler Ebene, die nächste Möglichkeit, diese Mehrheiten zu verändern.

Kommen wir zur Bargeld-Initiative. Jameel, wie bezahlst du, wenn du im Ausgang bist?

Jameel: Meistens mit Twint und Karte. Aber ich führe auch immer Bargeld mit mir, schon wegen der Selbstkontrolle. Wenn ich zum Beispiel mit einem Hunderter ausgehe und bar bezahle, sehe ich, wie das Geld weniger wird, und passe mich daran an. Wenn ich einfach die Karte hinhalte, ist das schwieriger. Natürlich geht der Trend deutlich in Richtung Karte, trotzdem bin ich noch Fan von etwas Bargeld.

Und deine Sicht als Leiter einer Coop-Filiale?

Jameel: Bei uns halten sich Bargeld und andere Bezahlmöglichkeiten in etwa die Waage. Die

Leute müssen die Wahl haben, niemand sollte ausgeschlossen werden. Bargeld gehört zu unserer Gesellschaft.

Nun stimmen wir ja sowohl über die Initiative als auch über einen Gegenvorschlag ab ...

Jameel: So wie ich die Initiative verstanden habe, will sie verankern, dass die Schweiz immer eine gewisse Anzahl an Bargeld in Form von Noten und Münzen zur Verfügung stellt, und zwar in Schweizer Franken. Und falls diese Währung einmal zur Diskussion stünde, könnten wir darüber abstimmen. Der Gegenvorschlag ist zu schwammig und überlässt alles der Nationalbank. Ich werde der Initiative zustimmen.

Cyril: Ich bin auch dafür, dass das Bargeld erhalten bleibt. Ich sehe aber nirgends Bestrebungen, es abzuschaffen, und halte diese Initiative für unnötig. Zumal das Bargeld ja auch durch unsere Gesetzgebung bereits geschützt ist. Ich werde dem Gegenvorschlag zustimmen.

Marion: Für mich ist Bargeld ebenfalls sehr wichtig und mit dem Gegenvorschlag des Bundesrates kann ich gut leben. Das grössere Problem liegt ja wohl sowieso anderswo. Nämlich, ob wir Bargeld weiterhin überall einsetzen können. Und da gibt es immer mehr Einschränkungen, die besonders älteren Generationen Probleme bereiten, etwa im öffentlichen Verkehr.

Nehmen wir noch den jährlichen Betrag, den wir der «Schweizerischen Erhebungsstelle für die Radio- und Fernsehabgabe» (Serafe) abliefern müssen. Die SVP will diesen von gegenwärtig 335 Franken pro Haushalt auf 200 Franken herabsetzen, um damit in erster Linie das aus ihrer Sicht «linksgrüne» Staatsfernsehen zu gängeln.

Jameel: Es ist ein Angriff auf die Medien und die Medienfreiheit, wie sie die Schweiz kennt.

Einmischen, mitreden, mitentscheiden

Finden Sie auch, dass man die Politik besser nicht den andern überlässt?

Dann sind Sie bei der SP richtig. Demokratie lebt davon, dass sich die Menschen einmischen, mitreden, mitentscheiden. Gemeinsam macht es aber mehr Spass und gemeinsam sind wir stärker.

- Ich will der SP beitreten. Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
- Ich möchte zuerst schnuppern. Senden Sie mir unverbindlich Informationen.
- Ich interessiere mich für die JUSO (JungsozialistInnen) und möchte Unterlagen dazu.

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Einsenden an:

SP Oberburg, c/o Bruno Mathys,
Schönenbühlweg 28, 3414 Oberburg



www.spoberburg.ch



Grossratskandidat Cyril Sägesser

**Für einen Kanton, der die Menschen und
unseren Planeten statt die Profite der
Reichsten ins Zentrum stellt!**

2000 | Oberburg | Student der Umweltwissen-
schaften | Baukommissionsmitglied Oberburg,
Vorstandsmitglied der JUSO Emmental und der
SP Oberburg

Bereits jetzt werden bei der SRG massiv Stellen gestrichen, und das würde sich bei einer Annahme der Serafe-Initiative noch einmal dramatisch verschärfen. Natürlich muss sich die SRG auch selbst an der Nase packen: Eine halbe Million im Jahr für ihren CEO, das geht gar nicht, da könnten locker 200 000 Franken gestrichen werden. Dass sich die Leute darüber ärgern und deswegen auf die SVP-Initiative hereinfallen, kann ich gut verstehen. Jeder von uns hat das Gefühl, die allenfalls eingesparten 135 Franken für sich besser verwenden zu können.

Marion: Ich bin schockiert über diese Initiative. Jameel hat den Stellenabbau bei der SRG erwähnt. Wenn es zum Beispiel um die Waffenindustrie ginge, würden die Bürgerlichen Zeter und Mordio schreien. Arbeitsplatzverluste bei der SRG sind ihnen jedoch offenbar egal. Der Versuch, diese Abgaben zu kürzen, ist ein Angriff auf unsere Demokratie, auf das öffentliche

Fernsehen, auf neutrale Berichterstattung und auf qualitativ hochwertigen Journalismus. Natürlich sind 335 Franken zusammengenommen viel Geld, aber pro Tag macht das pro Haushalt weniger als einen Franken aus, und das sollte uns die Medienfreiheit wert sein. Viele Menschen lösen zusätzlich Abos bei Netflix und Co. Da zahlen sie wesentlich mehr. Und wofür? Für «hochwertige» Produkte aus den USA ...

Anzumerken ist hier vielleicht auch, dass Haushalte, in denen Bezügerinnen oder Bezüger von IV-Renten oder Ergänzungsleistungen wohnen, von der Serafe-Gebühr ohnehin befreit sind.

Cyril: Ich finde es extrem wichtig, dass wir den unabhängigen Journalismus weiterhin fördern. Vorwürfe, die SRG würde für linke Parteien oder Positionen Propaganda machen, finde ich komplett lächerlich. Wenn ich allein schon an die rassistische Berichterstattung zu Gaza denke ...

Aber selbst wenn ich inhaltlich viele Probleme mit der SRG habe, finde ich es unerlässlich, dass es sie gibt und ihre Mittel nicht gekürzt werden. Der Hauptzweck des ganzen Vorhabens mit dieser Serafe-Initiative ist sicher, die SRG zu disziplinieren und unbequeme Sendegefässe auszumerzen. Das macht sich schon jetzt bemerkbar, indem die SRG in einer Art «vorauseilendem Gehorsam» Sendungen absetzt, die einigen Bürgerlichen auf die Nerven gehen.

Schlusswort?

Marion: Ich möchte einfach alle aufrufen: Geht abstimmen, wie auch immer. Wir haben in unserer direkten Demokratie die Möglichkeit, unsere Meinung abzugeben. Nutzt sie.

Herzlichen Dank, Marion, Jameel und Cyril. Im nächsten SP aktiv werden wir euch auch persönlich näher kennenlernen.

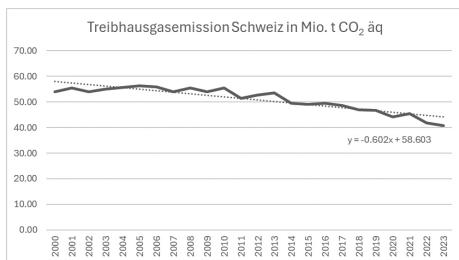
Abstimmung vom 8. März

Ja zum Klimafonds – weil die Schweiz mehr tun muss

Wir wissen es alle: die Schweiz tut nicht genug gegen den Klimawandel und wird mit der Strategie «weiter wie bisher» das Ziel netto Null 2050 klar verfehlten. Mit der Schaffung eines Klimafonds wollen SP, Gewerkschaften und Grüne die Schweiz zu einem ambitionierteren Klimaschutz bewegen.

Die Schweiz hat sich in Paris verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis 2050 auf netto Null zu senken. Die Bevölkerung hat dieses Ziel 2023 an der Urne bestätigt. Jährlich stehen für den Klimaschutz 2 Mia. CHF (ca. 0.23% des BIP) zur Verfügung.

Die Zahlen zu den Treibhausgasemissionen der Schweiz zeigen, dass die heutigen Anstrengungen bei Weitem nicht ausreichen, um das Ziel netto Null bis 2050 zu erreichen. Fährt die Schweiz in dem gemächlichen Tempo weiter, erreichen wir das Ziel netto Null erst 2098.



Allzu gemächliche Abwärts-Entwicklung der Treibhausgasemissionen in der Schweiz zwischen den Jahren 2000 und 2023 (Quelle: BAFU, Treibhausgasinventar)

Deshalb haben SP und Grüne die Klimafonds-Initiative lanciert, welche verlangt, dass die Schweiz deutlich mehr Geld für die Realisierung von Klimaschutzmassnahmen einsetzt. 0.5 bis 1% des BIP (4 bis 8 Mia. CHF/Jahr) sollen in

einen staatlichen Klimafonds fliessen. Daraus sollen Klimaschutzprojekte finanziert werden.

Ist das zu viel?

Zum Vergleich zwei Beispiele:

- Unsere Eltern haben in den 50/60er Jahren 2 bis 4% des damaligen BIP in den Aufbau der Wasserkraft investiert, von welcher wir bis heute stark profitieren.
- Deutschland verfügt über einen Klimafonds, der bis 2027 mit 211 Mia. Euro gefüllt werden soll, was ca. 1.25% des deutschen BIP entspricht.

Das «Nichthandeln» kostet auch:

- Wir geben jährlich 8 Mia. CHF für den Import von Energie (v.a. Öl und Gas) aus.
- Pro Jahr bezahlen wir ca. 1 Mia. CHF für Schäden, die als Folge des Klimawandels entstehen. 2060 werden es 34 Mia. CHF pro Jahr sein.

Unsern Kindern schuldig

Ich bin überzeugt, dass sich die Schweiz den Klimafonds leisten kann und wir dies unseren Kindern schuldig sind. Daher: Ja am 8. März!

Barbara Stöckli
Oberburger SP-Gemeinderätin



www.spoberburg.ch

Wort zur Welt

Was ich nicht kriege, erkriege ich

Das Jahr hat kaum begonnen, es ist der 3. Januar 2026. Die USA marschieren in Venezuela ein. Präsident Nicolás Maduro und seine Frau werden verhaftet bzw. gekidnappt, ausgeflogen, angeklagt. Die Begründung: Korruption, Drogenhandel, Machtmissbrauch. Es ist nun schon ein altbekanntes Muster, dass die USA gerne «zufällig» dort eingreifen, wo es rentiert.

Venezuela verfügt über die grössten bestätigten Erdölreserven der Welt, dazu über Gold und weitere Bodenschätze. Zufall? Natürlich. Immer. Vielleicht ging es aber auch nur um die Medaille, die er nicht gekriegt, jetzt dafür erkriegt hat.

Nun wird also das Völkerrecht so flexibel ausgelegt, dass Entführungen zur humanitären Massnahme erklärt werden. Der Kampf gegen Korruption eignet sich hervorragend als moralische Tarnkappe – zumindest auswärts.

Fast zeitgleich erhebt der neue Secondhand-Besitzer der letztjährigen Friedensnobelpreis-Medaille Ansprüche auf Grönland. Wenn man gerade im Begriff ist, sich die grössten Erdölvorkommen zu sichern, will man diese bestimmt auch verbrennen. Da kann es nicht schaden, sich Seewege zu krallen, die bei der voranzu-

treibenden Eisschmelze frei werden und somit strategisch und wirtschaftlich ebenfalls lukrativ sein werden.

Bruno Mathys
Präsident SP Oberburg



Karikatur: Angel Boligan, Mexico



Spendenaufruf

Das SP-aktiv benötigt Ihre aktive Hilfe!
Helfen Sie mit, die Meinungsvielfalt in Oberburg zu erhalten! Wir sind um jedes Spenden-Fränkli



dankbar. Mit Vermerk «Spendenaufruf» auf das PC der SP Oberburg, IBAN CH98 8080 8002 8695 6883 7, oder per E-Banking mit QR-Code.

UNIA

Die Gewerkschaft, die bewegt!

Unsere Standorte:

Bern, Monbijoustrasse 61

Burgdorf, Bahnhofstrasse 88

Langenthal, Bahnhofstrasse 30

Langnau, Mühlegässli 1

Huttwil, Walkestrasse 10

Werde jetzt Mitglied unter:

www.unia.ch

Bei Fragen sind wir unter:

031 385 22 22 und bern@unia.ch

erreichbar



3414 Oberburg Telefon 034 423 60 60

3437 Rüderswil Telefon 034 496 75 75

Metzgerei Heinz Frey
mit Chäs-Egge

Emmentalstrasse 74
3414 Oberburg
Tel. 034 422 10 69

info@metzgerei-heinz-frey.ch
www.metzgerei-heinz-frey.ch

O. MÄDER

Bauunternehmung

Schadstoffsanierung

3414 Oberburg

Krauchthalstrasse 19 | Tel. 034 422 10 81

info@maeder-bau.ch | www.maeder-bau.ch

MOSER MALER AG

T 034 422 22 65

info@mosermalerag.ch
www.mosermalerag.ch

Moser Maler AG

Emmentalstrasse 9
3414 Oberburg

Kirchbergstrasse 76
3400 Burgdorf



Wir empfehlen uns für sämtliche Facharbeiten